

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Julia Elisabeth Herr,
Genossinnen und Genossen

betreffend: Einführung einer Millionärssteuer

eingebracht im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag 3426/A(E) betreffend „Jobgarantie für die von der Massenkündigung bei Kika/Leiner betroffenen Beschäftigten durch die Bundesregierung“

Begründung

Die skandalösen Vorgänge rund um die Insolvenz von Kika/Leiner zeigen, dass Milliardäre der Regierung ihre Politik diktieren. Vor allem wenn sie Unternehmen aufkaufen, diese filetieren, aus den Immobilienverkäufen astronomische Gewinne machen und den Rest des Unternehmens in die Insolvenz schicken, in Kauf nehmend, dass tausende Beschäftigte dadurch ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen verlieren. Damit muss Schluss sein!

Aus den Reihen der Regierungsfraktionen wurde heute die Forderung nach der Einführung einer Millionärssteuer erhoben. Dies hat auch Vizekanzler Kogler vor Kurzem angekündigt:

„Wer sein Leben lang arbeitet, der zahlt für sein Arbeitsleben hunderttausende Euro Steuern und Abgaben.

Aber gleichzeitig zahlen jene, die viele Millionen erben, große Villen, astronomische Aktienpakete oder sonstige riesige Vermögen, genau nichts. Null. Also zahlen diese Millionenerben auch nichts für die öffentlichen Aufgaben, für die sozialen Errungenschaften und für die Gemeinschaft. Und durch die immer höheren Millionenerbschaften, werden die Vermögen von Wenigen immer noch größer.

Das ist eine große Ungerechtigkeit.

Die Millionenerben sollen ihren fairen und gerechten Beitrag leisten. Der Nationalrat spricht sich dafür aus, dass dieser Beitrag jenen zugutekommt, die viel leisten, aber wenig verdienen. Zum Beispiel die Menschen, die in der Pflege arbeiten. Oder jene, die in den Kindergärten für unsere Kleinsten ihr Bestes geben.

Schlicht, weil es fair, sozial und gerecht ist!“

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird ersucht, dem Nationalrat bis 31.12.2023 eine Gesetzesvorlage zuzuleiten, mit der eine Millionärssteuer für die Reichsten in Österreich eingeführt wird, denn auch sie sollen einen Beitrag für den Wohlfahrtsstaat leisten.“

(V. L. R. 107) G. Blaß (Heer) H. S. Holzinger K. P. (Kneissl)

